



Ein globaler Aufruf zur Bekräftigung und Wahrung der Rechte der Palästinenser und der Herrschaft des Völkerrechts

2025

Wir sind jetzt Nachbarn – alle Menschen auf der ganzen Welt – und leben in einer Zeit globaler Unruhen, geprägt von Umweltzerstörung, sich verschärfenden ökologischen Katastrophen, wachsender Ungleichheit zwischen Arm und Reich, übermäßigem Einfluss von Unternehmen, zunehmendem Autoritarismus und endlosen Kriegen.

Wir sind eine Bewegung von Glaubensgemeinschaften, Studierenden, Akademikern, gemeinnützigen Organisationen, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Gewerkschaftsmitgliedern, Geschäftsleuten und anderen Menschen mit Gewissen und gutem Willen. Wir protestieren gegen die wachsende Gleichgültigkeit und das Schweigen angesichts der systematischen Verstöße gegen das Völkerrecht durch Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen.

Wir machen auf den Rückzug aus dem nach dem Zweiten Weltkrieg sorgfältig aufgebauten Rahmen der internationalen Ordnung aufmerksam: Menschenrechtskonventionen und Institutionen wie die Vereinten Nationen, der Internationale Gerichtshof und der Internationale Strafgerichtshof, und verpflichten uns, für deren **Wirksamkeit, Integrität, Unabhängigkeit und Autorität einzutreten.**

Wir sind entsetzt über die Gesetze, die Politik und die Praktiken des Staates Israel, die das Leiden des palästinensischen Volkes durch die fortgesetzte Besatzung und Apartheid verschärfen und nun zu ethnischen Säuberungen und Völkermord führen.

Wir rufen daher die Staats- und Regierungschefs weltweit auf, Folgendes anzuerkennen und darauf zu bestehen:

1. Das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung, das in unzähligen Resolutionen der Generalversammlung und des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen anerkannt und vom Internationalen Gerichtshof in seinem [Gutachten](#) vom 19. Juli 2024 zu den „Rechtlichen Folgen der Politik und der Praktiken Israels in den besetzten palästinensischen Gebieten, einschließlich Ostjerusalem“ (Absätze 230-243) bekräftigt wurde.

2. Das Recht der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr, anerkannt in der [Resolution 194 der Generalversammlung](#).

3. Das Recht des palästinensischen Volkes, nicht Opfer von Völkermord und ethnischer Säuberung zu werden, anerkannt in [der Konvention von 1948 über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes](#) und [dem Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs](#).

4. Das Recht des palästinensischen Volkes, keinen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit ausgesetzt zu sein, das im Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs bekräftigt wurde.

5. Das Recht des palästinensischen Volkes auf Leben, Freiheit und Würde und auf die Wahrnehmung der Rechte, die in [dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte](#) und [dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von 1966](#)

6. Das Recht des palästinensischen Volkes, keiner Rassendiskriminierung und Apartheid ausgesetzt zu sein, wie dies in [Artikel 3 des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung von 1966](#) verboten und kürzlich vom Internationalen Gerichtshof in seinem „Gutachten vom 19. Juli 2024 zu den rechtlichen Folgen der Politik und der Praktiken Israels in den besetzten palästinensischen Gebieten, einschließlich Ostjerusalem“ bekräftigt wurde.

7. Das Recht des palästinensischen Volkes, keiner Landenteignung, Zwangsumsiedlung, zunehmender Kolonisierung und israelischen Siedlungen ausgesetzt zu sein, das vom Internationalen Gerichtshof in seinem Gutachten vom 19. Juli 2024 zu den „rechtlichen Folgen der Politik und der Praktiken Israels in den besetzten palästinensischen Gebieten, einschließlich Ostjerusalem“ (Absätze 156-157, 285) bekräftigt wurde.

8. Das Recht des palästinensischen Volkes, keiner rechtswidrigen Besetzung durch Israel ausgesetzt zu sein, das kürzlich vom Internationalen Gerichtshof in seinem „Gutachten vom 19. Juli 2024 zu den rechtlichen Folgen der Politik und der Praktiken Israels in den besetzten palästinensischen Gebieten, einschließlich Ostjerusalem“ erklärt wurde.

Zu diesem Zweck bekennen wir uns zu gewaltfreien Maßnahmen als Mittel zur Erreichung eines gerechten und dauerhaften Friedens für alle Menschen im Nahen Osten.



*„Weltweiter Aufruf für die Rechte der Palästinenser und die Herrschaft des Völkerrechts“
in Deutschland, V.i.S.d.P. Kairos Palästina Solidaritätsnetz Deutschland,
c/o Ernst-Ludwig Vatter * welvatter@arcor.de*